Frau Silber-Bonz ging zunächst auf die Beratungen im Jugendhilfeausschuss sowie im Unterausschuss auf die dort gefasste Beschlussempfehlung an den Rat ein. Gleichzeitig bedankte sie sich für die gute Zusammenarbeit mit den Mitarbeitern des Jugendamtes.

Herr Waldästl führte u.a. aus, dass mit dem Beschluss, dass nun 50 € gezahlt werden müssten, Satzungsklarheit bestehe. Er wies daraufhin, dass, wenn die Kommunalaufsicht bei der Genehmigung des Haushaltes 2016/2017 jedoch Einwände haben sollte, dies entsprechend im Beschlussvorschlag berücksichtigt worden ist. Abschließend bedankte sich Herr Waldästl bei allen Beteiligten für die gute konstruktive Zusammenarbeit.

Diesem Dank schlossen sich auch Herr Schell und Herr Metz an.

Herr Metz regte an, dass, wenn die Verwaltung schon im Vorfeld seitens der Kommunalaufsicht entsprechende Hinweise erhalten sollte, diese der Politik umgehend mitzuteilen.

Im Rat bestand Einvernehmen darüber, dass eine nicht kostendeckende Erhöhung des Essensgeldes nur in Frage kommt, wenn hierdurch nicht andere freiwillige Leistungen berührt werden und die Kommunalaufsicht dieser im Rahmen des bevorstehenden Haushaltsgenehmigungsverfahrens zustimmt. Vor diesem Hintergrund soll mit Wirkung zum 1.1.2016 die Höhe des Essensgeldes pro Kind und Monat in Artikel III § 3 Abs. 1 der Satzung auf 50 Euro gedeckelt werden. Sollte die Kommunalaufsicht dem nicht zustimmen, wird der Rat umgehend ein kostendeckendes Essensgeld beschließen.

Unter Berücksichtigung, dass hierzu in § 1 der Satzung der Begriff "kostendeckend" gestrichen wird, fasste der Rat unter Berücksichtigung der Empfehlung aus der Sitzung des Unterausschusses „Tagesbetreuung für Kinder“ vom 03.12.2015 folgenden Beschluss: